

An
Oberbürgermeister
Herrn Weichel
– im Hause –

**Fraktion im Stadtrat
Kaiserslautern**

Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201

Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: +49 (631) 68500
Tel.: +49 (631) 365-2403
ratsfraktion@gruene.de

Kaiserslautern, 11.07.2020

Betreff: Antrag auf eine klare Positionierung gegen nukleare Teilhabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen in Kaiserslautern beantragt, folgendes zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Kaiserslautern fordert die Landesregierung auf, sich eindeutig gegen eine nukleare Teilhabe zu stellen und den Appell des ICAN-Bündnisses zu unterstützen und zu realisieren. Insbesondere fordert der Stadtrat, dass sich die Landesregierung gegen eine Ausstattung der Bundeswehr mit atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen ausspricht.

Begründung:

Atomwaffen sind die größte Bedrohung des 21. Jahrhunderts. Im Falle eines nuklearen Angriffs wären die Auswirkungen auf Mensch und Natur verheerend.

Hiroshima und Nagasaki sollten uns als Mahnmale gelten. Es gibt keine Rechtfertigung für hunderttausende Tote und die Zerstörung der Natur für Jahrzehnte. Unser humanistisches Menschenbild bietet niemals eine Legitimation dafür, ganze Städte und Landstriche auszurotten. In Zeiten, in denen Länder wie Russland, China und die USA auf nukleare Waffen im Sinne einer Abschreckungstaktik zurückgreifen, müssen wir uns als europäisches Land vehement gegen einen Einsatz derselben aussprechen. Unser Handeln diesbezüglich muss nach unseren humanistischen Werten und unserem Verständnis als Weltbürger ausgerichtet sein.

Dementsprechend lehnen wir das Vorhaben der Verteidigungsministerin, 45 F-18-Kampfflugzeuge für die Bundeswehr zu erwerben, entschieden ab. Diese sind durch die USA für den Transport nuklearer

Waffen zertifiziert. Die in Deutschland stationierten amerikanischen Atomwaffen könnten damit zur Durchführung verheerender Angriffe eingesetzt werden.

Dieser Schritt wäre nicht mit der Tatsache vereinbar, dass zahlreiche deutsche, darunter auch einige rheinland-pfälzische Städte wie Trier, Mainz und Kaiserslautern, den ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet haben. Die Verteidigungsministerin muss ihre Ziele für Deutschland dahingehend neu bewerten und sich bewusst sein, dass ein solcher Schritt die globale Sicherheit gefährden würde.

Der Stadtrat in Kaiserslautern steht geschlossen hinter der globalen Forderung nach atomarer Abrüstung.

Mit freundlichen Grüßen,

Tobias Wresmann